

DER SÄCHSISCHE LANDESBEAUFTRAGTE

FÜR DIE UNTERLAGEN DES STAATSSICHERHEITSDIENSTES
DER EHEMALIGEN DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

19. Tätigkeitsbericht

2010/2011

- Berichtszeitraum: 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011 -

Inhalt

Einleitung	3
I. Die Behörde	5
1. Personal	5
2. Haushalt	5
II. Tätigkeiten der Behörde im Berichtszeitraum	6
1. Beratung	6
1.1. Beratung von Bürgern	6
1.2. Beratung von öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen	10
2. Bewertung von Stasi-Unterlagen	10
3. Unterrichtung der Öffentlichkeit und politische Bildung	10
3.1. Zeitgeschichtlich-politische Bildung	10
3.2. Lehrerfortbildungen	15
3.3. Anfragen aus dem Bereich Forschung und Wissenschaft	16
3.4. Fortbildungsveranstaltungen für Rechtsreferendare	16
3.5. Abendveranstaltungen, Vorträge, Buchvorstellungen	16
3.6. Tagungen	18
3.7. Schwerpunktthemen „20 Jahre Deutsche Einheit“ und „50 Jahre Mauerbau“	19
3.8. Ausstellungen	19
3.9. Veröffentlichungen	20
3.10. Grenzüberschreitende Projekte	21
3.11. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	22
4. Dokumentation	22
5. Koordinierung und Zusammenarbeit	23
6. Mitgliedschaften	26
III. Anhang	27
Lutz Rathenow: Grußwort zur Ausstellungseröffnung „Der Fall Gross. Im Kofferraum von Ost- nach Westberlin.“ im Rahmen des Bautzen-Forums, Gedenkstätte Bautzen am 5. Mai 2011	27
Benjamin Griebe: Verdrängter Klassenkampf auf dem Land?, in: Tabula Rasa Zeitung für Gesellschaft und Kultur, Ausgabe: No 67(9/2011)	30

Einleitung

Der hier vorliegende 19. Tätigkeitsbericht umfasst den Zeitraum von Juli 2010 bis Juni 2011. In diesem Zeitraum prägten verschiedene Ereignisse die Arbeit der Behörde in besonderem Maße. Die entscheidende Zäsur war das Ausscheiden des bisherigen Landesbeauftragten Michael Beleites aus dem Amt nach zwei erfolgreichen Amtsperioden im Dezember 2010. Der von ihm anlässlich seines Ausscheidens in Umlauf gebrachte Rundbrief, in dem er eine Bilanz seiner Arbeit zog, löste eine intensive Diskussion unter den in der Aufarbeitung der SED-Diktatur Tätigen, aber auch darüber hinaus aus.¹

Die Behörde wurde ab Dezember 2010 durch seine Stellvertreterin, Dr. Nancy Aris, bis zum offiziellen Amtsantritt von Lutz Rathenow im Mai 2011 kommissarisch geleitet. Alle Arbeiten wurden trotz der nun noch schwierigeren personellen Situation in diesem halben Jahr kontinuierlich weitergeführt. Im Mai 2011 erfolgte dann der Amtsantritt von Lutz Rathenow als neuer Landesbeauftragter. Lutz Rathenow griff viele Impulse seines Vorgängers auf, setzte aber von Anfang an neue Akzente. So erfuhr die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Behörde eine stärkere Beachtung und großen Auftrieb. Neue Bildungs- und Buchprojekte wurden auf den Weg gebracht. Die Arbeit mit den Verfolgten und sehr differenzierten Opfern aus DDR-Zusammenhängen entwickelte sich sehr viel intensiver als von Lutz Rathenow anfänglich vermutet.

Inhaltlich war die Arbeit vor allem durch die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit und durch das Gedenken an den 50. Jahrestag des Mauerbaus geprägt. Ein wichtiger Impuls – gerade vor dem Hintergrund unserer Beratungstätigkeit war die durch die bekannt gewordenen Missbrauchsfälle in der Katholischen Kirche angestoßene Diskussion über repressive Erziehung und Missbrauchsfälle in Kinderheimen der Bundesrepublik und DDR. Dass der DDR-Bereich zunächst vom Runden Tisch ausgeklammert werden sollte, hatte eine stärkere Solidarisierung der Betroffenen, eine größere Außenwirkung und vermehrten Beratungsbedarf zur Folge.

Die o. g. Jubiläen wurden von unserer Behörde mit zahlreichen Veranstaltungen, auch in Kooperation mit anderen Einrichtungen, gewürdigt. Hervorzuheben ist eine Reihe von Lehrerfortbildungen zum Thema Mauerbau mit ausgewiesenen Experten, die sehr positive Resonanz fand. Die Bildungsarbeit wurde – im Rahmen der beschränkten personellen Kapazitäten – weiter ausgebaut und intensiviert. Vor allem durch die Einbeziehung von Projektpartnern – wie die Theatergruppe „Alles auf Hoffnung“ oder die Sächsische Jugendstiftung, die den Ausstellungsbus in Schulen präsentierte, war ein überregionales und vielseitiges Bildungsangebot zu gewährleisten. Eine sehr positive Resonanz fand die Überblicksausstellung „Diktatur und Widerspruch – DDR-Geschichte im Fokus“.

Auch im zurückliegenden Jahr wurde die Beratung von Bürgern stark nachgefragt. Mit Sprechtagen in den sächsischen Regionen wurde auch im Jahr 2010 / 2011 die Beratungsinitiative zu Rehabilitierungsfragen weitergeführt. Dieses Thema spielte im zurückliegenden Berichtszeitraum eine stärkere Rolle als zuvor und Fragen der Rehabilitierung wurden nun besonders auch im Kontext der DDR-Kinderheime und Jugendwerkhöfe erörtert.

In der Zusammenarbeit mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen spielten Diskussionen um eine angemessene Erinnerungskultur und die Gedenkstättenthematik eine

¹ Siehe auch: Michael Beleites: Die Zukunftsfragen nicht aus dem Blick verlieren. Gedanken nach zehn Jahren als Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, in: Horch und Guck, Heft 01/2011 Seite 70 – 75.

bedeutende Rolle. Im zurückliegenden Berichtszeitraum gab es zudem zwei Themen, die die Diskussion bestimmten. Zum einen die zukünftige Anbindung und inhaltliche Ausrichtung der Behörde des Landesbeauftragten und zum anderen die finanzielle Förderung der Verfolgtenverbände. Bei den regelmäßig in der Behörde stattfindenden Arbeitstreffen wurden diese Fragen besonders intensiv diskutiert.

Im Bereich der Unterrichtung der Öffentlichkeit und der politischen Bildung wurde die Prioritätensetzung zu Gunsten von schulischen Bildungsangeboten beibehalten. Die Schriftenreihe wurde fortgesetzt.

Auch in diesem Jahr wird der Tätigkeitsbericht im Interesse einer besseren Lesbarkeit kompakt gestaltet und inhaltlich gestrafft. Grundlegende Erläuterungen der allgemeinen Arbeitsabläufe finden sich auch auf der Behörden-Homepage www.lstu-sachsen.de.

Lutz Rathenow
Landesbeauftragter

I. Die Behörde

1. Personal

Derzeit sind beim Sächsischen Landesbeauftragten vier Stellen vorhanden und besetzt: die Stelle des Behördenleiters, zwei Referenten-Stellen und die Stelle der Sekretärin (Eltern-teilzeit).

Ein Absolvent des Studienganges Geschichte unterstützte die Behörde als Praktikant für drei Monate in ihrer Arbeit. Er beschäftigte sich mit der Weiterentwicklung des Schüler-Projektes „Der Fall in der Tasche“ und arbeitete umfangreiches Quellenmaterial in die Dokumenten-sammlung ein und pflegte neu erworbene Bücher in die Bibliothek ein.

Im Rahmen von Werkverträgen war auch ein Historiker für die Behörde tätig. Er befasste sich mit der Erarbeitung einer Broschüre zum Interview-Zeitzugenprojekt des Vorjahres und mit der inhaltlichen Erweiterung der Ausstellung „Diktatur und Widerspruch“.

Für die überregionale Beratungsinitiative 2010 und 2011 zu Rehabilitierungsfragen war ein externer Berater im Auftrag der Behörde in 22 verschiedenen Städten Sachsens tätig.

2. Haushalt

Der Sächsische Landtag wies im Kapitel 06 06 dem Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR für den Haushalt 2010 Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 483,0 T€ zu. Für das Haushaltsjahr 2010 beliefen sich die planmäßigen Ausgaben bei den Personalausgaben auf 259,6 T€, bei den sächlichen Verwaltungsausgaben auf 215,3 T€, bei den Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse auf 6,1 T€ und bei den sonstigen Sachinvestitionen auf 2,0 T€. Die Mittel wurden sparsam und sachgemäß verwendet.

Für Zuwendungen stand im Jahr 2010 ein Betrag von 6,1 T€ zur Verfügung. Diese Summe wurde vollständig ausgereicht. Im Rahmen von Zuwendungen wurden folgende Projekte im Jahr 2010 gefördert:

- Dokumentation zur Wanderausstellung: „Die Zeitungen der Friedlichen Revolution“ Martin-Luther-King-Zentrum Werdau e.V. (2.000 €)
- Durchführung eines mobilen Bildungsprojektes und von Zeitzeugengesprächen im Rahmen politisch-historischer Bildungsarbeit in Schulen, Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V. (960 €)
- Zuschuss zum Druck einer Begleitbroschüre zur Sonderausstellung: „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“, Bürgerkomitee Leipzig e.V. (1.000 €)
- Förderung eines Zeitzeugenprojektes zu Bausoldaten der Region Borna, Förderverein für Schule und Freizeit am Gymnasium „Am Breiten Teich“ Borna e.V. (625 €)
- Förderung der Digitalisierung eines Teils der Zeitung DAZ (Die andere Zeitung), Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. (1.515 €)

II. Tätigkeiten im Berichtszeitraum

1. Beratung

1.1. Beratung von Bürgern

Vom 1. Juli 2010 bis zum 30. Juni 2011 wurden in der Geschäftsstelle in Dresden 163 Erstberatungen zur Akteneinsicht nach Stasi-Unterlagengesetz durchgeführt. Dabei erhielten die Betroffenen sogleich die entsprechenden Antragsformulare des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Zu Fragen im Zusammenhang mit der erfolgten Akteneinsicht und zu Fragen zur Rehabilitierung und Überprüfung wurden im gleichen Zeitraum 134 ausführliche Beratungsgespräche in der Geschäftsstelle geführt.

Die dezentrale überregionale Beratungsinitiative hat im Jahr 2011 eine Änderung erfahren. Die in den Vorjahren ausschließlich auf den Herbst konzentrierte Beratung wurde etwas entzerrt und auf das Frühjahr und den Herbst verteilt. Insgesamt ergibt sich für den Berichtszeitraum dadurch eine wesentlich höhere Beratungszahl. Im Jahr 2010 wurden von September – November insgesamt 803 und im Jahr 2011 von März bis Juni 538 ausführliche Beratungsgespräche geführt. In der Summe ergibt sich im Rahmen der Beratungsinitiativen 2010 und 2011 für den Berichtszeitraum eine Zahl von 1341 Beratungsgesprächen.

Die unten stehende Tabelle listet die Städte auf, in denen 2010 beraten wurde. In sieben Städten wurden diese Beratungen in Zusammenarbeit mit der Außenstelle Chemnitz des BStU angeboten und dabei 227 Bürger erreicht. Die Besucherzahlen schwankten in den verschiedenen Städten erheblich, von 15 Bürgern in Aue bis zu 113 Bürgern in Niesky. In 15 Städten führte der LStU die Beratungen allein durch. Auffallend viele Beratungen bezogen sich auf strafrechtliche Rehabilitierungsfragen.

Stadt	Anzahl der Beratungen
Kamenz	33
Bischofswerda	42
Bautzen	51
Herrnhut	27
Zittau	31
Niesky	113
Torgau	17
Eilenburg	68
Crimmitschau	44
Aue	15
Glauchau	26
Mittweida	14
Reichenbach	31
Hohenstein-Ernstthal	29
Hoyerswerda	21
Pirna	27
Bad Schandau	22
Delitzsch	33
Borna	21
Wurzen	27
Plauen	68
Gröditz	43

Im Frühjahr 2011 erfolgte dann der erste Teil der Beratungsinitiative 2011. Insgesamt wurden 538 Menschen in 15 Städten beraten. Die Finanzierung erfolgte aus den Haushaltsmitteln des Jahres 2011. Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden des BStU und des LStU erfolgte fachlich differenziert. Während dem Vertreter des LStU überwiegend die Beratungen zu den Reha-Gesetzen oblagen, beantworteten die Mitarbeiter des BStU vor allem Fragen zu den Stasi-Akten und nahmen Anträge auf Akteneinsicht entgegen.

Stadt	Anzahl der Beratungen	In Kooperation mit dem BStU
Pausa	45	Außenstelle Chemnitz
Pirna	42	Außenstelle Dresden
Altenberg/Erzgeb.	55	Außenstelle Dresden
Dippoldiswalde	27	Außenstelle Dresden
Freital	37	Außenstelle Dresden
Freiberg	17	Außenstelle Chemnitz
Limbach-Oberfrohna	22	Außenstelle Chemnitz
Weißwasser	51	Außenstelle Dresden
Görlitz	57	Außenstelle Dresden
Bautzen	16	Außenstelle Dresden
Auerbach	26	Außenstelle Chemnitz
Ölsnitz/Vogtl.	43	Außenstelle Chemnitz
Markleeberg	14	Außenstelle Leipzig
Torgau	56	Außenstelle Leipzig
Grimma	30	Außenstelle Leipzig

Die hohe Zahl von Beratungssuchenden wird auf das gestiegene öffentliche Interesse an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Allgemeinen und einer wieder breiter gewordenen Diskussion in den Medien zurückgeführt. Die nicht abreißen wollende Berichterstattung über das heutige Agieren ehemaliger Stasi-Mitarbeiter im benachbarten Land Brandenburg in Politik und öffentlichen Ämtern trägt dazu bei, das Thema Staatssicherheit in der öffentlichen Debatte zu wach zu halten und einen Diskurs über die Folgen des SED-Regimes und die nötigen Schlüsse zu etablieren.

Zudem suchten relativ viele Bürger Beratung, deren politisch begründete Haftstrafen noch nicht rehabilitiert wurden und die sich nun – um die so genannte Opferrente für Haftopfer zu beantragen – dem Verfahren der Strafrechtlichen Rehabilitierung unterziehen. Die neuere Regelung, dass gleichzeitig mit dem Rehabilitierungsantrag bei Gericht auch bereits ein Antrag auf Opferrente bei der Landesdirektion Chemnitz gestellt werden kann und nach erfolgter strafrechtlicher Rehabilitierung rückwirkend zur Antragstellung der entstandene Rentenanspruch nachgezahlt wird, stellt eine enorme Erleichterung für viele Betroffene dar. Andererseits kommen auch weit häufiger Beratung Suchende in die Behörde, denen aus verschiedenen Gründen die Rehabilitierung versagt wurde und die sich damit nicht abfinden können und der Meinung sind, der LStU sei in der Lage und in der Pflicht, hier Abhilfe zu leisten. Oft handelt es sich hier um äußerst schwierige Grenzfälle, bei denen eine politische Verfolgung nicht unmittelbar nachweisbar ist.

Ein weiteres, in diesem großen Umfang neueres Phänomen ist die oft telefonische aber auch persönliche Vorsprache von Menschen, die aufgrund einer Unterbringung in Jugendwerkhöfen, Durchgangsheimen und Spezialkinderheimen eine Schädigung erfahren haben. Diese Personengruppe wurde großenteils aufmerksam durch die Medienberichterstattung zu Missbrauchsfällen und Unrechtstaten gegenüber Kindern und Jugendlichen in westdeutschen Kinderheimen und Schulen, die daraufhin auch die Verhältnisse im Osten in den Blick nahm. Die breite gesellschaftliche Diskussion zu diesem Themenfeld erstreckt sich weit in das Arbeitsfeld des LStU hinein.

Häufig ist es heute nicht allein die Suche nach Akten, um das eigene Schicksal zu verstehen, sondern auch die Suche nach Anerkennung für die erlittenen Leiden und die Hoffnung auf eine Entschädigung bzw. die Erwartung derselben. Die diesbezüglichen Hoffnungen sind groß und die Unklarheit, wie die möglichen gesetzlichen Regelungen beschaffen sein werden, belastet momentan diesen Personenkreis sehr.

In Folge der in ganz Sachsen angebotenen Beratungen zum SED-Unrecht wurden die telefonischen und persönlichen Vorsprachen Betroffener in der Behörde noch umfangreicher, weil die eintägigen Beratungstermine vor Ort dem teilweise großen Ansturm und der Kompliziertheit der Fälle nicht immer gerecht werden konnten. Der im Rahmen dieser Beratungsinitiative vor Ort tätige Berater, Herr Utz Rachowski, schätzt ein, dass ein Rückgang zu Fragen der Akteneinsicht bei dem BStU in mehreren Städten deutlich zu verspüren war. Das Angebot der bloßen Beantragung der Akteneinsicht löst keine Besucheranstürme aus wie im vergangenen Jahrzehnt. Beispiele für das sich verlagernde Interesse weg von der Akteneinsicht hin zur Fallberatung waren beispielsweise Orte wie Torgau mit insgesamt 20 Anträgen auf Akteneinsicht, jedoch 36 Reha-Fällen oder Grimma mit 19 Reha-Fällen gegenüber 15 Akteneinsichtsansuchen und Limbach-Oberfrohna mit 10 Akteneinsichtsansuchen und 12 Reha-Fällen. Vor diesem Hintergrund sollte perspektivisch darüber nachgedacht werden, ob man in kleineren Städten die Beratungen auf den Berater des LStU, der die teils wenigen Anfragen zur Akteneinsicht mit erledigen könnte, beschränken sollte. Diese Erwägung scheint vor allem aus Kostengründen geboten, da die BStU-Außenstellen für die Beratungen Dienstwagen - z. T. mit Fahrer - einsetzen und dieser Aufwand in vielen kleineren Orten in keinem Verhältnis zur Zahl der vorsprechenden Bürger steht. Grundsätzlich ist zu bedenken, dass sich das Beratungsangebot des BStU und LStU deutlich voneinander unterscheiden. Während die Formalitäten der Akteneinsicht relativ zügig erledigt werden, ist die Beratung zu Reha-Fragen oft sehr langwierig und kompliziert. Sie erfordert eine hohe Sensibilität. Zuweilen gerät selbst der Berater an seine Belastungsgrenzen. Von daher verstellt ein bloßer Zahlenvergleich zusätzlich den Blick für eine angemessene Bewertung der Beratungstätigkeit.

Über die Anliegen der Ratsuchenden äußerte sich der Berater in seinem Bericht wie folgt:

„Dagegen war in diesem Jahr ein deutlicher Anstieg von Problemfällen zu Fragen der Rehabilitierungen zu verspüren, wobei psychische Störungen von vorsprechenden Bürgern besonders auffällig waren. Ebenfalls auffällig war die hohe Zahl von Bürgern, die wegen noch nicht gestellter Rehabilitierung nach dem StrRehaG vorsprachen, ebenso, wie auch schon in den Vorjahren, abgelehnte Fälle nach dem BerRehaG.“

Diese beiden Fall-Gruppen verlangen vor Ort in den Städten vom Berater ein hohes Maß an Konzentration, Sachkenntnis und psychologisches Einfühlungsvermögen. Erstmals war an manchen Tagen durch die vielen Anfragen und schwierigen Fälle vor Ort (teils noch durch telefonische Anfragen wesentlich verstärkt) eine ausführliche Beratung kaum mehr möglich. In solchen Situationen blieb dem Berater des LStU vor Ort nur die Möglichkeit, den Fall nach einem kürzeren Informationsgespräch mit dem Beratung Suchenden an die Behörde selbst zu

vermitteln. Da diese Entwicklung sich bereits seit geraumer Zeit so abzeichnet, ist davon auszugehen, dass diese Situation in den kommenden Jahren fortbesteht und sich sogar wegen der Problematik der Re-Traumatisierten unter den Betroffenen noch weiter zuspitzen wird. Als besonderes Problem stellt sich auch - immer noch und immer wieder die Schwierigkeit bei der Anerkennung von Haftfolgeschäden, insbesondere eine Anerkennung von posttraumatischen Belastungsstörungen dar. Exemplarisch sei ein Beratungsfall etwas näher beschrieben. Im Berichtszeitraum erfolgte eine langwierige Begleitung einer ehemals von massivem Verwaltungsunrecht Betroffenen, die seit ihrer Verfolgungszeit immer wieder unter körperlichen und seelischen Problemen und Angstattacken leidet. Die Betroffene war zwar nicht in Haft gewesen, wurde aber mit Brachialgewalt von ihrem Arbeitsplatz vertrieben, verhört und bedroht. Für die sensible junge Frau und alleinerziehende Mutter führte dies zu schwerwiegenden Problemen. Der Versuch, diese noch heute stark beeinträchtigenden Lebensumstände durch eine Feststellung von verfolgungsbedingten Schäden anzuerkennen, scheiterte. Eine psychologische Begutachtung durch einen - offenbar für diesen Fall - außerordentlich unsensiblen Psychiater führte im Ergebnis nicht zu einer auch nur teilweisen Anerkennung ihrer Probleme und deren Folgen. Im Verlauf der Begutachtung fühlte sich die Betroffene stattdessen immer wieder an die Verhörsituation bei der Staatssicherheit erinnert. Trotzdem strengte sie keine Klage vor dem Verwaltungsgericht an, sondern ließ diese Sache nun ruhen. Die innere Kraft, die notwendig war, um das Verfahren bis zur Begutachtung voranzubringen und die Begutachtung unter sehr schwierigen Bedingungen durchzustehen, war einfach aufgebraucht. Das Wissen, keine Anerkennung erhalten zu können, wirkt jedoch nunmehr als starke zusätzliche Belastung.

Ein zweiter Fall in diesem Zusammenhang ist der eines ehemaligen Häftlings, dem zwar 30 % Gesundheitsschäden (MdE= Minderung der Erwerbsfähigkeit) attestiert wurden, der diese Quote jedoch in anbetracht seiner dramatischen Einschränkungen im Leben und Erleben seines Alltags für nicht angemessen hält. Eine Aufstockung bleibt ihm jedoch verwehrt. In seinen immer wieder vorgebrachten Vorwürfen gegen die Behörden drückt er jedoch aus, was viele Menschen mit diesem persönlichen Hintergrund empfinden, eine Bitterkeit, die - angesichts der Bemühungen des Gesetzgebers um eine angemessene Würdigung widerständigen Handelns - auffällt und zu denken gibt. Oft haben Betroffene auch den Eindruck, dass ihnen bewusst eine geringere Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit als 30 % bescheinigt wird, weil dies dann keine Rentenzahlung nach sich zieht.

Im Rahmen der Beratungstätigkeit ist es auch immer wieder nötig, Ratsuchende bei der Suche nach Akten in verschiedenen Archiven zu unterstützen oder bei der Formulierung von Schreiben an Gerichte und Archive hilfreich zu sein. Auch das Stellen von Anträgen an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge gehört zum Aufgabengebiet. Die Anerkennung als Verfolgter Schüler hat für die Betroffenen bis heute keine materiellen Auswirkungen. Dort müsste der Gesetzgeber dringend tätig werden und versuchen, eine irgendwie geartete materielle Anerkennung zu schaffen.

Verallgemeinernd kann man feststellen, dass die Anzahl der Ratsuchenden zwar einerseits tendenziell eher abnimmt, dafür aber die Kompliziertheit der Fälle zunimmt. Das führt dazu, dass im Rahmen einer Beratung oft gar keine Klärung möglich ist. In der Folge kommen auf die Behörde teilweise ausufernde Briefwechsel zu, in den Ratsuchende ihren gesamten bisherigen Schriftverkehr mit anderen Behörden einsenden und um eine Klärung bitten. Allein die Lektüre dieser Papiere nimmt sehr viel Zeit in Anspruch. Hinzu kommt die Bewertung und schließlich die zielführende Beratung. Mit einer Referentin, die nur die Hälfte ihrer Arbeitszeit dieser Thematik widmen kann, ist diese wichtige und umfassende Aufgabe jedoch nicht zu bewältigen.

1.2. Beratung von öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen

Es gab verschiedene Anfragen von Städten und Kommunen, die sich überwiegend auf das Verfahren der Überprüfung von Mitgliedern kommunaler Vertretungskörperschaften bezogen.

Über die Überprüfungs-Thematik hinaus gab es eine Vielzahl von fachlichen Anfragen von öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen, die sich im Hinblick auf Ausstellungs- und Publikationsvorhaben auf die regionale DDR-Geschichte, insbesondere auch auf Ereignisse der Friedlichen Revolution bezogen.

2. Bewertung von Stasi-Unterlagen

Im Berichtszeitraum gab es zwei Anforderungen gutachterlicher Bewertungen zu Einzelfällen.

3. Unterrichtung der Öffentlichkeit und politische Bildung

Die Bildungsarbeit des Landesbeauftragten zielt darauf ab, eine breite Öffentlichkeit über die Staatssicherheit in der DDR, ihre Rolle im politischen System und die Zusammenhänge ihres Wirkens und die bis heute anhaltenden Folgen zu informieren. Der Landesbeauftragte stellt sich der Herausforderung, sehr unterschiedliche Altersgruppen zu erreichen und verschiedene Erfahrungshintergründe und Interessenslagen angemessen zu berücksichtigen. Vor allem Jugendliche, die das Leben in der DDR nur aus Filmen, dem Schulbuch oder aus Erzählungen anderer kennen, gehören zu unserer Zielgruppe. Dieser spezifische Erfahrungshorizont muss berücksichtigt werden, wenn die Bildungsarbeit zielgenau und nachhaltig sein will.

3.1. Zeitgeschichtlich-politische Bildung

Vorträge und Projekte in Schulen

Die Bildungsarbeit in Schulen zeigt, dass von den Lehrern vor allem projektorientierte Angebote gewählt werden. Diese Entwicklung zeigt, dass sich die neuen Curricula für das Fach Geschichte, die bewusst auf selbstständiges Arbeiten mit Quellen und auf gruppenorientierte Lernformen setzen, weitgehend durchgesetzt haben. Auch im letzten Jahr fand das bereits gut etablierte Projekt „Der ‚Fall‘ in der Tasche. Beispiele aus dem Alltag Jugendlicher in der DDR“ großen Zuspruch. Neben den Anfragen aus Dresden, konnten auch Schulen in Meißen, Zschopau, Großröhrsdorf und Bautzen erreicht werden.

Daneben bietet unsere Behörde ein weiteres Projekt an, das vor allem das quellenkritische Arbeiten der Schüler fördert. Das Projekt „Zwischen Wahrheit, Fiktion und Manipulation – ein deutsch-deutscher Zeitungsvergleich“ arbeitet mit Nachdrucken von Originalzeitungen aus der DDR und der Bundesrepublik, die anhand verschiedener Themen (z. B. 17. Juni 1953, Mauerbau und Prager Frühling) kontrastierend analysiert werden. Neben den Zeitungen gibt es ein umfangreiches Begleitmaterial, das einerseits den ereignisgeschichtlichen Hintergrund beleuchtet und andererseits Informationen zum Thema Manipulation durch Medien bereithält. Wenngleich dieses Projekt den Schülern ein hohes Lesepensum abverlangt, ist es bisher sehr gut angekommen. Das Projekt wurde im Berichtszeitraum u. a. in Dresden, Zschopau, Freiberg, Meißen, Hoyerswerda und Chemnitz durchgeführt.

Der Landesbeauftragte ist bemüht, seine Bildungsprojekte im gesamten Freistaat durchzuführen. Bei entlegenen Orten übersteigt jedoch die Anfahrtsdauer die Projektdauer um ein Vielfaches. Der Landesbeauftragte stellt in solchen Fällen den interessierten Lehrern entsprechende Projektmaterialien leihweise zur Verfügung.

Das Interesse an unseren Bildungsangeboten ist in den letzten Jahren spürbar gewachsen. Eine Verstärkung der Bildungsarbeit und eine beständige Erweiterung und Erneuerung der Inhalte kann jedoch mit der personellen Ausstattung der Behörde nicht geleistet werden. Der Einsatz von Praktikanten und freien Mitarbeitern kann hier nur unterstützend wirken.

Der Beschluss der Kultusministerkonferenz, den 9. November bundesweit als Projekttag in Schulen einzuführen, hat eine neuerliche Anfragemwelle ausgelöst. Auch wenn diese auf den Projektunterricht fokussierte Entwicklung sehr zu begrüßen ist, kann unsere Behörde die Flut der Anfragen personell nicht mehr abdecken.

Eine Möglichkeit, diese Nachfragemwelle aufzufangen, besteht in der Entwicklung und Verbreitung verschiedenster Projektmaterialien und Medien, die den Lehrern von uns zur Verfügung gestellt werden. Dennoch sollte die Wirkung von Zeitzeugengesprächen, das unmittelbare Gespräch mit externen Experten und ein durch sie begleitetes Projekt für die Herausbildung von Werturteilen und Geschichtsbewusstsein nicht unterschätzt werden. Deshalb sollte perspektivisch die personelle Stärkung der Bildungsarbeit oberste Priorität haben.

Unterstützung externer Projekte

Der Landesbeauftragte unterstützte auch im zurückliegenden Berichtszeitraum verschiedene externe Bildungsprojekte - sowohl durch Vermittlung von Informationen, Ansprechpartnern und Zeitzeugen als auch durch unmittelbare Mitwirkung.

Arbeit mit Zeitzeugen

Zeitzeugengespräche in Schulen wurden im Raum Dresden und im Rahmen von Projekttagen durchgeführt. Die Tendenz der letzten Jahre, die zeigt, dass die Nachfrage nach Zeitzeugen eher gering ist und meist auf die gleichen Lehrer beschränkt bleibt, hat sich auch im zurückliegenden Berichtszeitraum bestätigt. Auch wenn sowohl die Lehrer als die Schüler ein Zeitzeugengespräch bisher immer als Bereicherung für den Geschichtsunterricht angesehen haben, wurden unsere Versuche, mehr Zeitzeugen in den Geschichtsunterricht einzubinden, von den Lehrern nicht aufgegriffen. Anders verhält es sich mit den Schülern. So erhielten wir im letzten Jahr verschiedene Interviewanfragen von Schülern, die im Rahmen der Besonderen Lernleistung Zeitzeugen zu ihren Erfahrungen in der DDR befragen wollten.

Eine Ergänzung zu den Zeitzeugengesprächen, die in Begleitung unserer Referentin für Bildungsarbeit durchgeführt wurden, war eine Kooperation mit der Gedenkstätte „Geschlossener Jugendwerkhof“ in Torgau. Hier konnten in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten folgende Termine realisiert werden:

Datum	Zeitzeugengespräch mit
14.07.2010	Ralf Weber
21.07.2010	Alexander Müller
13.12.2010	Ralf Weber

07.12.2010	Alexander Müller
16.12.2010	Alexander Müller
17.12.2010	Alexander Müller
26.3.2011	Alexander Müller
29.3.2011	Alexander Müller
19.4.2011	Ralf Weber
6.5.2011	Ralf Weber
12.5.2011	Ralf Weber

Da viele Zeitzeugen ein hohes Alter erreicht haben und heute nicht mehr in Sachsen leben, sind solche Gespräche sehr aufwändig und für einige Zeitzeugen oft beschwerlich. Um aber diese wichtigen Erfahrungen für künftige Generationen zu erhalten, hat der Landesbeauftragte ein umfangreiches Zeitzeugenprojekt gestartet. Im Rahmen des Projektes wurden bereit im letzten Berichtszeitraum 30 Menschen interviewt und zu ihren Erfahrungen in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR befragt. Dieses Filmmaterial wurde im zurückliegenden Berichtszeitraum weiter bearbeitet. Ziel ist es, das Material sowohl den Gedenkstätten und der Forschung zu Recherchezwecken zugänglich zu machen als auch speziell für die Schule zugeschnittene Formate zu produzieren. Sofern die nötigen Mittel dafür zur Verfügung stehen, soll eine Broschüre entstehen, die eine DVD mit den komprimierten Interviews und Zusatzmaterialien enthält und in größerer Stückzahl den Schulen zur Verfügung gestellt werden soll.

Kooperationen mit externen Projektpartnern

Nachnutzung der mobilen Busausstellung 1989 [Unser Aufbruch] 2009

Dass die mobile Busausstellung, die im Jahr 2008 ursprünglich mit einer halbjährigen Laufzeit geplant war, nun das dritte Jahr durch Sachsen tourt, ist ein gutes Beispiel für eine gelungene Nachnutzung eines erfolgreichen Projektes. In Kooperation mit der Sächsischen Staatskanzlei und dem Kultusministerium konnte eine Weiterbewirtschaftung der Ausstellung finanziell gesichert und die Sächsische Jugendstiftung als Träger gewonnen werden. Neben der Präsentation der Ausstellung im öffentlichen Raum entwickelte die Jugendstiftung zu der vorhandenen Ausstellung gezielt ein Konzept für Schüler unterschiedlicher Schultypen, das eine jugendgerechte interaktive Auseinandersetzung mit den Materialien gewährleistet.

Der Ausstellungsbus konnte im Jahr 2010 bis Mitte November 64 Termine wahrnehmen. Der Großteil der angesprochenen Gemeinden, Schulen und Jugendvereine nahm das Angebot begeistert an. Aufgrund der sehr guten Resonanz wurden die vorhandenen Kapazitäten sogar über das geplante Maß hinaus ausgelastet. Der Ausstellungsbus besuchte öffentliche Plätze in Döbeln, Borna, Meißen, Kamenz, Grimma, Stollberg, Geithain, Jahnsdorf, Thalheim und Dresden. Dabei bewegten sich die Besucherzahlen zwischen 25 und 80 Personen pro Tag. Der

Ausstellungsbus war bis zu drei Tagen an einem Ort und konnte insgesamt 570 Besucher an öffentlichen Plätzen in der Laufzeit 2010 verbuchen. Die Gemeinden, Jugendeinrichtungen und auch die örtliche Presse wurden vorab über den Besuch des Busses informiert und bekamen Info-Material zugeschickt. Drei besonders erwähnenswerte Termine im öffentlichen Raum waren der Tag der Sachsen in Oelsnitz, der Tag der Deutschen Einheit in Bremen und der Jugendgeschichte im Sächsischen Landtag. Besonders in Oelsnitz und Bremen hatte der Ausstellungsbus eine überwältigende Resonanz, die sich in den Besucherzahlen ausdrückte. Zum Tag der Deutschen Einheit besuchten an zwei Tagen 2.500 Personen den Bus. Für viele Besucher bot der Bus eine der wenigen, inhaltlich auf den Tag der Deutschen Einheit ausgerichteten Attraktionen. Anfragen für den Einsatz des Ausstellungsbusses in den alten Bundesländern, sowohl an öffentlichen Standorten als auch im schulischen Kontext, folgten ebenfalls.

Neben den öffentlichen Orten besuchte der Ausstellungsbus (von der Jugendstiftung „Historyliner“ genannt) vor allem Schulen. Insgesamt wurden 36 Schulen angesteuert, davon neun Gymnasien, 22 Mittelschulen und fünf Berufsschulen. Der Bus wurde dabei von einem Tag bis zu einer gesamten Woche gebucht. Bisher besuchten circa 3.000 Schüler die Ausstellung. Die Schüler nahmen die etwas andere Form von Unterricht gern an, besonders den Freiraum im Bus und die Gruppenarbeit. In der Gruppe wurden so die verschiedenen Aspekte diskutiert und von verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Dies ermöglichte eine reflektierte und differenzierte Sichtweise. Die Schüler erhielten konkrete Arbeitsaufträge, um die zielgerichtete Suche nach Informationen zu forcieren. Zudem wurden die Schüler angeregt, ihre Ergebnisse in Form eines Tagebucheintrags, Briefes oder Beschwerde zu Papier zu bringen.

Auch die Resonanz der örtlichen Presse war sehr positiv, so erschienen unter anderem Beiträge über den Ausstellungsbus und der Arbeit an Schulen in der Sächsischen Zeitung, in der Leipziger Volkszeitung, in der Döbelner Allgemeinen Zeitung, in der Freien Presse, im Internet-Sender Muldental-TV, im Kanal Eins des Erzgebirges und im Deutschland Radio Kultur. Weiterhin präsentierte sich der „Historyliner“ auch im Rahmen des Lokalen Aktionsplans „Jugend für Toleranz und Demokratie“ in Burkhardtsdorf und Umgebung.

Der Ausstellungsbus und sein Team waren ebenfalls am Landtag zur Lehrerfortbildung „Projekttag 9. November“ anwesend. Insgesamt besuchten in der Laufzeit von Juni bis November 2010 circa 7.000 Personen den Ausstellungsbus.

Dritte Laufzeit: April 2011 bis November 2011

Besonders erfreulich war, dass es in Kooperation mit dem Kultusministerium, der Sächsischen Staatskanzlei und der Sächsischen Jugendstiftung gelang, eine Fortsetzung des Projektes auch für das Jahr 2011 zu sichern. Seit April 2011 ist der Ausstellungsbus mit einem erweiterten Projektangebot in Schulen unterwegs. Der Bus präsentierte sich zudem auf dem 31. Evangelischen Kirchentag in Dresden, wo er zahlreiche Interessierte, vor allem auch aus den alten Bundesländern anzog.

Theaterprojekt „Alles auf Hoffnung“

Die im letzten Berichtszeitraum angebotene Theaterperformance „Alles auf Hoffnung“ konnte auch im letzten Jahr in einigen Schulen touren. Aufgrund der beschränkten finanziellen Mittel war der Kreis der angefahrenen Schulen geringer. Unser Konzept, junge Leute über einen sinnlichen Zugang durch O-Töne und originale Textquellen aus der Zeit direkt in die

turbulenten Ereignisse des Wendeherbstes eintauchen zu lassen, ging voll auf. Die Resonanz aus den Schulen war durchweg positiv – unabhängig davon, ob die Aufführung in einer Mittelschule, im Gymnasium oder in einer Berufsschule stattfand. Von den Schülern wurde das unmittelbare Eintauchen in die Vergangenheit sehr positiv hervorgehoben. Im März 2011 erfolgte dann die Entscheidung, die Performance, die eng auf das Thema Friedliche Revolution zugeschnitten war, inhaltlich und methodisch zu erweitern. Unter dem neuen Titel **„Alles auf Hoffnung – vom Mitmachen und Aufbegehren am Ende der DDR“** hat die Theaterpädagogin Katja Heiser mit den Schauspielern ein Stück entwickelt, das mehr Passagen enthält, die das Leben in der DDR allgemein erfahrbar machen. Zudem wird es mehr interaktive Momente geben, in denen die Schüler noch stärker ins Spiel einbezogen werden. Die Tour der Theatergruppe startet nach den Sommerferien.

Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurden folgende Termine realisiert:

13.09.10

Mittelschule Radeberg

10.Klasse

14.09.10

Landesgymnasium St. Affra, Meißen

9.Klasse

17.09.10

MS Bischofswerda

10. Klasse

21.09.10

Luisenstift Radebeul

10. Klasse

23.09.10

Joliot-Curie-Gymnasium, Görlitz

11. Klasse

09.11.10

Agricola Gymnasium Chemnitz

10. Klasse

Lessing-Gymnasium Döbeln, 2 Vorstellungen

10. Klasse

10. Klasse: 1 Klasse aus Döbeln & 1 Klasse von Partnerschule in Unna

15.11.10

Agricola Gymnasium Glauchau, 2 Vorstellungen

12. Klasse (1 LK, 1 GK)

29.11.10

Sportgymnasium Chemnitz

10. Klasse

02.06.2010

03.06.2010

BSZ Gastgewerbe

12. Klasse

3.2. Lehrerfortbildungen

Im zurückliegenden Berichtszeitraum fanden unterschiedliche Lehrerfortbildungen statt. Sie erfolgten sowohl in unserer Behörde als auch als Kooperationsveranstaltung mit anderen Einrichtungen.

Neben den Fortbildungen, bei denen vor allem unsere Projekte und deren Einsatzmöglichkeiten im Geschichtsunterricht vorgestellt wurden, initiierte der Landesbeauftragte im zurückliegenden Berichtszeitraums anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus eine Fortbildungsreihe unter dem Motto „Das Thema Mauerbau im Geschichtsunterricht“. Von März bis Juni 2011 fanden in Abstimmung mit dem Kultusministerium vier Lehrerfortbildungen statt, die sich mit unterschiedlichen Facetten des Mauerbaus auseinandersetzten. Den Auftakt bildete Jens Hüttmann mit seinem Einstieg „Mauerbau und Deutsche Teilung“. Nach dieser allgemeinen Einordnung eröffneten die folgenden Veranstaltungen verschiedene Perspektiven. Während im April ein Vergleich der Presseberichterstattung in Ost und West im Mittelpunkt stand, rückte im Mai die innerdeutsche Grenze und die dort praktizierten Zwangsaussiedlungen in den Blick. Die letzte Veranstaltung im Juni fragte nach dem Widerstand gegen die Teilung. Lothar Lienicke stellte das Schicksal seines Freundes Michael Gartenschläger vor, der beim Abbau von Selbstschussanlagen erschossen wurde.

Allen Fortbildungen war gemein, dass sie neben dem inhaltlichen Input immer auch praktische Materialien für den Unterrichtsalltag bereitstellten. Hier wirkte der Landesbeauftragte auch als Multiplikator. So nahm der Landesbeauftragte eine größere Stückzahl der Plakat-Ausstellung „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“ von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ab, um diese vor Ort an interessierte Lehrer weiterzureichen. Auch konnten hier Kontakte zwischen dem Bildungsreferenten der Stiftung und einzelnen sächsischen Lehrern hergestellt werden. Die Fortbildungen stießen durchweg auf positive Resonanz.

- 16. März 2011: Mauerbau und Deutsche Teilung
Dr. Jens Hüttmann (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin)
- 6. April 2011: Antifaschistischer Schutzwall oder Schandmauer? Zeitungen im Vergleich
Dr. Nancy Aris (Der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen)
- 4. Mai 2011: „Aktion Ungeziefer“ – Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze
Rainer Potratz (Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur)
- 15. Juni 2011: Michael Gartenschläger – Kampf gegen Mauer und Stacheldraht
Lothar Lienicke (Zeitzeuge und Autor)

Neben diesen Fortbildungen in Dresden wurde das Fortbildungsangebot auch als externes Format einer schulinternen Fortbildung angeboten. Dies wurde von Lehrern aus Chemnitz und Böhlen genutzt.

Nach den guten Erfahrungen dieser thematischen Reihe hat der Landesbeauftragte im zurückliegenden Berichtszeitraum bereits mit der Konzipierung einer Fortbildungsreihe für das nächste Schuljahr begonnen.

3. 3. Anfragen aus dem Bereich Forschung und Wissenschaft

Auch im zurückliegenden Berichtszeitraum erhielt der Landesbeauftragte eine Vielzahl von Anfragen. Neben verschiedenen Anfragen zu Zeitzeugen und einzelnen Spezialthemen (wie u. a. zu Schicksalsklärungen, zur Sicherung der der DDR-Ostgrenze, zum Prager Frühling und die Stasi, zur Stasi-Abschiebehaft und zum Thema Haftfolgeschäden) ging es vor allem um Anfragen um Materialien Dokumenten- und Bildarchiven, ging es in erster Linie um Ausstellungs- und Publikationsvorhaben zum Jubiläum der Deutschen Einheit und zum 50. Jahrestag des Mauerbaus.

3.4. Fortbildungsveranstaltungen für Rechtsreferendare

Im Berichtszeitraum erfolgte in Kooperation mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz ein Fortbildungsseminar für Rechtsreferendare, das sowohl in Leipzig als auch in Dresden und Chemnitz durchgeführt wurde. Bei dem Seminar wurden die Rolle der Justiz und Staatssicherheit in der DDR und Fragen der Rehabilitierung von DDR-Systemunrecht behandelt. Das Angebot in Dresden wurde dahingehend erweitert, dass als Seminar-Ort die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS gewählt wurde. Nach dem Seminar erhielten die Referendare eine Führung durch die heutige Gedenkstätte und hatten Gelegenheit, mit einem Zeitzeugen ins Gespräch zu kommen. Diese Verbindung von allgemein einführender Information und konkret authentischer Erfahrung war für die Referendare sehr spannend, vor allem auch deshalb, weil dieser Themenkomplex kein Bestandteil der universitären Kerncurricula ist und es hier sehr großen Informationsbedarf gibt.

Die Fortbildungen wurden von Frau Dr. Aris an folgenden Terminen durchgeführt:

Leipzig: 20. April 2011

Chemnitz: 9. Juni 2011

Dresden: 28. Juni 2011

3.5. Podiumsdiskussionen, Vorträge, Buchvorstellungen, Ausstellungseröffnungen

Auch im zurückliegenden Berichtszeitraum organisierten wir eine Reihe von Vorträgen und Gesprächsrunden. In erster Linie ging es bei den Veranstaltungen um das Wirken der Staatssicherheit und den heutigen Umgang damit. Dabei wurden häufig die Folgen für die Betroffenen und aktuelle Debatten zur Aufarbeitung diskutiert. Die Behörde hat sich als interessanter Anlaufpunkt für geschichtlich interessierte Besuchergruppen etabliert. Sehr gute Beziehungen bestehen zu verschiedenen Landesakademien und Bildungswerken.

Veranstaltungsübersicht:

„Das Wirken der Staatssicherheit in der DDR – Probleme und Herausforderungen bei der Aufarbeitung, Vortrag, 25. August 2010, Dresden (Dr. Nancy Aris)

„Die Akte Wismut“, Vortrag, 26. August 2010, Basel (Michael Beleites)

„Die Rolle der Staatssicherheit im politischen System der DDR – Herausforderungen bei der Aufarbeitung, Vortrag, 15. September 2010, Dresden (Dr. Nancy Aris)

„Die Rolle der Staatssicherheit im politischen System der DDR“, Vortrag, 22. September 2010, Dresden (Dr. Nancy Aris)

„Die Antiatombewegung in der DDR und ihre Verfolgung durch die Stasi“, 22. September 2010, Dortmund (Michael Beleites)

„Helden der Deutschen Einheit“, Buchvorstellung mit Thomas Mayer, 23. September 2010, Leipzig (Michael Beleites)

Die Umweltbewegung in der DDR – eine Keimzelle für das Nationalparkprogramm, 29. September 2010, Stralsund (Michael Beleites)

"Aufrecht im Gegenwind - Kinder von 89ern erinnern sich“, Buchvorstellung mit Sebastian Pflugbeil, Berlin, 1. Oktober 2010

"Ausgerechnet Bananen" - Dokumentarfilm zu 20 Jahren Deutsche Einheit, Filmvorführung mit Podiumsdiskussion, Chemnitz, 1. Oktober 2010 (Dr. Nancy Aris)

"Ausgerechnet Bananen" - Dokumentarfilm zu 20 Jahren Deutsche Einheit, Filmvorführung mit Podiumsdiskussion, Chemnitz, 1. Oktober 2010 (Dr. Nancy Aris)

„20 Jahre Deutsche Einheit – Bilanz und Ausblick“, Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit, Schriesheim, 3. Oktober 2010 (Dr. Nancy Aris)

"Aufrecht im Gegenwind - Kinder von 89ern erinnern sich“, Buchvorstellung mit Sebastian Pflugbeil, Leipzig, 12. Oktober 2010 (Sebastian Pflugbeil)

„20 Jahre Aufarbeitung – wie weit sind wir gekommen?“, Podiumsdiskussion, Leipzig, 11. November 2010 (Michael Beleites)

„Literarischmusikalischer Nachmittag zu Ehren von Jürgen Fuchs“, Einführung, Reichenbach, 18. November 2010 (Michael Beleites)

„Das Wirken der Staatssicherheit in der DDR – Probleme und Herausforderungen bei der Aufarbeitung, Vortrag, 18. November 2010, Dresden (Dr. Nancy Aris)

„Die Opfer politischer Repression im totalitären System“, Deutsch-polnischer Workshop, Bautzen, 25. November 2010 (Dr. Nancy Aris)

Tätigkeitsbereiche des des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Görlitz 26. November 2011 (Michael Beleites)

„Antifaschistischer Schutzwall oder Schandmauer? Ein deutsch-deutscher Zeitungsvergleich“, Vortrag, Suhl, 25. Februar 2011 (Dr. Nancy Aris)

„Unser Protest gegen die Kirchensprengung und seine Folgen“, Buchvorstellung mit Stefan Welzk, Leipzig, 17. März 2011 (Dr. Nancy Aris)

„Kumpel, Kader und Genossen. Der Uranbergbau der Wismut AG“, Buchvorstellung mit Juliane Schütterle, Freiberg, 14. April 2011 (Dr. Nancy Aris)

„Der Fall Gross. Ein Fluchtversuch im Kofferraum von Ost nach West“, Ausstellungseröffnung, Bautzen, 5. Mai 2011 (Lutz Rathenow)

„Diktatur und Widerspruch DDR-Geschichte im Fokus“, Ausstellungseröffnung, Berlin, 10. Mai 2011 (Lutz Rathenow)

„Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“, Ausstellungseröffnung, Dresden 6. Juni 2011, (Dr. Nancy Aris)

„20 Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz“, Podiumsdiskussion, Dresden, 16. Juni 2011 (Lutz Rathenow)

„Solidarität mit Berlin – Der 17. Juni 1953 in den Sächsischen Bezirken“, Zittau, 17. Juni 2011 (Dr. Nancy Aris)

3.6. Tagungen

- „Umweltbewegung am Ziel? Rückschau und Ausblick nach 20 Jahren Deutscher Einheit“ Eine gemeinsame Tagung des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung und der Sächsischen Landesstiftung Natur und Umwelt. Leipzig, 8. September 2010
- „zu bedingungsloser Unterwerfung unter die staatliche Autorität gezwungen - DDR-Kinderheime und ihre Folgen für die Kinder und Jugendlichen“. Eine gemeinsame Tagung der Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen und die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Erfurt, 17. November 2010
- Lehren aus der Zeitgeschichte und Erziehung zur Demokratie, Görlitz 25.-26. November 2011
- „Der lange Schatten der Mauer“ - 15. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen
Dessau-Roßlau, 27.05.2011-29.05.2011

3.7. Schwerpunktthemen „20 Jahre Deutsche Einheit“ und „50 Jahre Mauerbau“

In den Berichtszeitraum fielen zwei Jubiläen: 20 Jahre Deutsche Einheit und 50 Jahre Mauerbau. Der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen war vielfältig an der Vorbereitung beider Jubiläen beteiligt. Neben der aktiven Unterstützung der Leipziger Arbeitsgruppe „Herbst '89“, war unsere Behörde auch in das Dresdner Planungsgremium und in die Vorbereitungen der Sächsischen Staatskanzlei eingebunden.

Projekte im öffentlichen Raum: „Wege in die Freiheit“

Ein Projekt, das bereits im zurückliegenden Berichtszeitraum umgesetzt werden konnte, war eine kleine Open-Air-Ausstellung in der Dresdner Innenstadt. In Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung wurden sechs Erinnerungsstelen entwickelt. Unter dem Motto „Wege in die Freiheit“ markieren sie historische Orte, die in Dresden auf besondere Weise mit dem politischen Umbruch verbunden waren. Durch die konkrete Anbindung an den historischen Ort und den damit verbundenen Ereignissen, erfahren die Dresdner und die Besucher der Stadt etwas über das Besondere des „Dresdner Umbruchs“. Neben Fotos, Dokumenten und einer allgemeinen Information wurde immer auch die Sicht der damals Beteiligten einbezogen. An folgenden sechs Standorten wurden die Stelen aufgestellt:

- Dresdner Hauptbahnhof: Durchfahrt der Botschaftszüge
- Prager Straße: Gründung der „Gruppe der 20“
- Kreuzkirche: Ökumenische Versammlung / Infoabend zum ersten Rathausgespräch mit Oberbürgermeister Berghofer
- Theaterplatz: Dresdner Künstlerdemo am 19. November 1989
- Bautzner Straße: Besetzung der Staatssicherheit (Stele befindet sich aufgrund der Brückenbaumaßnahmen am Albert-Platz)
- Dreikönigskirche: Konstituierung des Sächsischen Landtages

Die Stelen waren bis zum Oktober 2010 zu sehen. Sie wurden eingelagert und stehen für eine Weiternutzung zur Verfügung. Erste Gespräche hat es dazu bereits gegeben.

Multiplikatorfunktion

Der Sächsische Landesbeauftragte hat sich aktiv in verschiedene Vorbereitungsgremien eingebracht und hat zahlreiche Möglichkeiten genutzt, seine Angebote vorzustellen und bekannt zu machen. Zudem hat er sich an der von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur initiierten Geschichtsmesse beteiligt, Kontakte geknüpft und Interessierte unterstützt. Der Landesbeauftragte und seine Mitarbeiter haben aktiv an einer Vielzahl von Veranstaltungen zum Jubiläum teilgenommen – sowohl als Festredner, als Diskutant bei Podiumsdiskussionen als Moderator oder als Referent. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Veranstaltungen nicht nur auf Dresden und Leipzig beschränkten.

3.8. Ausstellungen

Seit Herbst 2009 bietet der Landesbeauftragte drei Wanderausstellungen an, die kostenfrei entliehen werden können. Neben den Thementausstellungen „Der 17. Juni 1953 in den sächsischen Bezirken“ und „Aufbruch '89. Die Friedliche Revolution in Sachsen“ gibt es nun auch die Überblicksausstellung „Diktatur und Widerspruch – DDR-Geschichte im Fokus“ (75 selbst stehende Roll-Up-Aufsteller, 85×215 cm).

Die Ausstellung, informiert in acht Kapiteln über die Geschichte der DDR. Besondere Berücksichtigung findet das Wechselverhältnis von staatlicher Repression und Widerstand. Neben den zentralen Ereignissen der DDR-Geschichte werden auch weniger bekannte Aspekte beleuchtet. Interessante Zeitzeugen kommen zu Wort. Die Ausstellung erklärt Strukturen und zeigt, wie das politische System funktionierte. Die chronologisch geordneten Kapitel bilden kompakte Einheiten, die als eigenständige Themenbausteine fungieren. Diese können auch einzeln ausgeliehen werden. Den Nutzern wird dadurch die Möglichkeit geboten, sich bedarfsorientiert auf einzelne Aspekte zu konzentrieren. Schüler und Lehrer erhalten die Gelegenheit, gezielt einzelne Themenbausteine in den Unterricht einzubeziehen.

Von Anfang an stand neben der inhaltlichen Güte die einfache Handhabbarkeit im Vordergrund. Der schnelle Aufbau und der einfache Transport sollten dazu beitragen, die Zahl der Ausleihen zu erhöhen. Auch bei kürzeren Präsentationen sollte der Aufwand vertretbar sein. Die vielen Ausleih Anfragen zeigen, dass die Entscheidung für ein höherwertiges System richtig war. Auch die Aufteilung in eigenständige Themenbausteine erwies sich als sinnvoll, weil kleinere Einrichtungen häufig nur auf einzelne Module zurückgriffen.

Im Berichtszeitraum wurde die Ausstellung oder Teile der Ausstellung an folgenden Orten gezeigt: Plauen, Herrenhut, Zittau, Burgstädt, Hoyerswerda, Radeberg, Pirna, Dresden (Kreuzkirche, Gymnasium Plauen, Freie Waldorfschule, Evangelische Schule), Görlitz, Chemnitz, Zwickau, Annaberg-Buchholz, Berlin.

Ein besonders öffentlichkeitswirksamer Standort konnte mit dem Willy-Brandt-Forum im Berliner Zentrum Unter den Linden gefunden werden. Hier ist die Ausstellung von Mai 2011 bis Oktober 2011 zu sehen. Allein im Mai und Juni 2011 haben knapp 20.000 Besucher die Ausstellung angeschaut. Aufgrund der positiven Resonanz auf die Ausstellung und wegen der vielen Anfragen wurde die Ausstellung im zurückliegenden Berichtszeitraum nachgedruckt, so dass zwei Exemplare vorliegen.

Zu den drei Ausstellungen werden Begleitveranstaltungen angeboten. Zur Ausstellung „Aufbruch '89“ und „Diktatur und Widerspruch“ bietet der Landesbeauftragte kostenfreie Kataloge an, die auch als Klassensatz angefordert werden können.

Die Ausstellung „Der 17. Juni 1953 in den sächsischen Bezirken“ wurde im zurückliegenden Berichtszeitraum in Zittau gezeigt.

3.9. Veröffentlichungen

Schriftenreihe

In der Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen erschienen im Berichtszeitraum:

Stefan Welzk: Leipzig 1968: Unser Protest gegen die Kirchensprengung und seine Folgen, Leipzig 2011

Im Mai und Juni 2011 führten Lutz Rathenow und Dr. Nancy Aris zahlreiche Gespräche mit der Evangelischen Verlagsanstalt, um den bestehenden Herausgebervertrag auf eine neue rechtliche Grundlage zu stellen. Zudem ging es um eine stärker öffentlichkeitswirksame Profilierung der Schriftenreihe und um einzelne Buchprojekte.

Sonstige

In Mitherausgeberschaft erschienen folgende Publikationen:

Klassenkampf gegen die Bauern: die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute, herausgegeben von Michael Beleites, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Robert Grünbaum, Leipzig 2010

20 Jahre Deutsche Einheit Diktaturfolgen als bleibende Herausforderung, 14. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, herausgegeben von der Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und für die Folgen der kommunistischen Diktatur, Schwerin 2010.

Um die Schriftenreihe des Landesbeauftragten und die von ihm mitherausgegebenen Schriften in der Öffentlichkeit stärker bekannt zu machen, wurden verschiedene Initiativen ergriffen. So wurden Medienvertreter und zahlreiche Bildungseinrichtungen mit den Publikationen versorgt und um weitere Bekanntgabe gebeten. Ein besonderer Erfolg war die Rezension von Benjamin Griebe zum Band „Klassenkampf gegen die Bauern“, der in mehreren Zeitungen und Zeitschriften erschien, so im *Stacheldraht* (5 / 2011), im *Forum Politikunterricht* (2 / 2011), in *Kommune* (August / September 2011), in der *Ostthüringer Zeitung* (27.7.2011), in *Liberal* (September 2011), in *Tabula Rasa*, in der *Gerbergasse* (3/2011), in *Freiheit und Recht* (3+4 / 2011) und in der *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*. Die Rezension befindet sich im Anhang. Zudem bezog Lutz Rathenow die Publikationen auf vielfältige Weise in die gesellschaftlichen Dialoge ein. So gelang es u. a. auch, verschiedene Stiftungen oder Vereine dafür zu gewinnen, einen größeren Buchposten aus unserer Schriftenreihe zum vergünstigten Preis zu Bildungszwecken zu erwerben.

3. 10. Grenzüberschreitende Projekte

In der DDR-Forschung und auch in der politischen Bildung wird seit einiger Zeit darüber diskutiert, Themen wie Widerstand und Repression nicht nur auf die DDR beschränkt, sondern in vergleichender Perspektive zu betrachten. Neben der Ausweitung der Forschungsperspektive bietet dieses „über den Tellerrand schauen“ gerade für die politische Bildung neue Perspektiven. Sachsen, das unmittelbar an Polen und Tschechien angrenzt, bietet hier ideale Ansatzpunkte. Hier können verschiedene Ausprägungen kommunistischer Herrschaft in unterschiedlichen Ländern auf engstem geografischen Raum untersucht werden. Da wir schon lange nach Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Kooperation Ausschau gehalten hatten, waren wir umso froher als Kinga Hartmann-Wóycicka von der Sächsischen Bildungsagentur mit der Bitte auf uns zukam, das Ziel 3 Projekt „Bürger für die Freiheit. Zivilcourage gegen Diktaturen. Sachsen und Niederschlesien 1945-1989“ zu unterstützen. Ziel dieses Projektes ist die Erarbeitung eines bilateralen Geschichtsbuches, eine Sammlung von didaktischen Materialien für deutsche und polnische Schulen und die Entwicklung einer Ausstellung durch deutsche und polnische Schulen. Das Projekt soll bis September 2012 realisiert werden. Neben einer finanziellen Zuwendung unterstützen wir das Projekt inhaltlich. So ist der Landesbeauftragte in das Steuerungsteam, das als Beirat das Projekt begleitet, eingebunden. Im zurückliegenden Berichtszeitraum fanden mehrere Treffen in Görlitz und Wrocław statt, an denen die Bildungsreferentin, Frau Dr. Aris, aktiv mitwirkte. Daneben

beteiligte sich der Landesbeauftragte inhaltlich, personell und finanziell an der Ausrichtung der Tagung „Lehren aus der Zeitgeschichte und Erziehung zur Demokratie“, die sich vor allem an Lehrer aus Sachsen und Niederschlesien richtete und die am 25.-26. November 2010 im Schlesischen Museum in Görlitz stattfand.

3.11. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Landesbeauftragte verfügt über eine Homepage, die über die Behörde und ihre Angebote, über aktuelle Termine und Veranstaltungen informiert. Eine Übersicht der Bildungsangebote für Lehrer und Schüler ist zudem auf der Homepage des Sächsischen Kultusministeriums zu finden. Die Lehrerfortbildungen werden darüber hinaus im Fortbildungskatalog auf dem sächsischen Bildungsserver gelistet. Zwei Mal im Jahr erstellen wir Rundbriefe für Lehrer, die über aktuelle Angebote informieren. Diese Rundbriefe erhalten alle Schulen im Freistaat. In Printmedien ist unser Angebot für Schulen im jährlich erscheinenden Katalog der Schulkino-Initiative enthalten.

Die Informationen zur überregionalen Beratungsinitiative werden jeweils in der lokalen Presse und in den örtlichen Amtsblättern veröffentlicht.

Mit dem Amtsantritt von Lutz Rathenow ist eine deutliche Zunahme der Presseaktivitäten zu verzeichnen. So fand nicht nur der Amtsantritt ein breites Medienecho, sondern auch die von ihm geäußerten Anstöße zu einer Öffnung der Aufarbeitung in Richtung Westen (Stichwort Landesbeauftragte in den alten Bundesländern). Auch seine Beobachtung einer erneuten Retraumatisierung der Betroffenen und die geäußerten Überlegungen zur Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes wurden von den Medien aufgegriffen. Lutz Rathenow äußerte sich nicht nur zu Gedenktagen wie zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 oder zum Mauerbau am 13. August 1961 öffentlich in Statements, sondern reagierte auch auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen. Dabei war der Fokus nicht nur auf die Aufarbeitung von Stasi-Unrecht und auf die Bewertung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter gerichtet, sondern auch auf aktuelle Menschenrechtsverletzungen unter kommunistischen Vorzeichen, wie beispielsweise in Vietnam. Der Landesbeauftragte führte zahlreiche Interviews mit Journalisten, gab Statements für Funk und Fernsehen ab und wurde auch als Gesprächspartner und Experte in verschiedene Sendungen eingeladen.

4. Dokumentation

Die Bibliothek und die Dokumentensammlung wurden auch im letzten Berichtsraum erweitert. Im Zuge der Recherche für die Ausstellung „1989 [Unser Aufbruch] 2009“ und „Diktatur und Widerspruch – DDR-Geschichte im Fokus“ konnten zahlreiche interessante Quellen erschlossen werden. Zudem wurde durch das Zeitzeugenprojekt neben den aufgezeichneten Interviews eine Vielzahl von Text- und Bildquellen ins Behördenarchiv aufgenommen. Das Bildarchiv des Landesbeauftragten umfasst derzeit 10.000 Bildquellen. Es wird von Forschungseinrichtungen und Journalisten vermehrt genutzt.

Da die 2006 weggefallene Stelle des wissenschaftlichen Mitarbeiters nicht wieder besetzt wurde, kann die Einpflegung dieser Dokumente in den Datenbankbestand der Behörde nur sporadisch von Praktikanten vorgenommen werden. Dies ersetzt jedoch nicht die dafür nötigen Fachkräfte.

Bibliothek und Dokumentensammlung stehen weiterhin externen Nutzern zur Verfügung. Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurde das vorhandene Bildarchiv weiter ausgebaut. Es hat sich gezeigt, dass Wissenschaftler und Medienvertreter zunehmend den Bildbestand der Behörde nutzen. Zudem hat sich die Dokumentensammlung schon mehrfach als besonders

hilfreich erwiesen, weil hier neben persönlichen Dokumenten, verschiedenste Verwaltungsdokumente der Stasi, aus dem SED-Apparat und anderer Bereiche lagern, die andernorts nicht mehr vorhanden sind. So war die Dokumentensammlung beispielsweise für eine wichtige Recherche des Sächsischen Innenministeriums zur Klärung von Rentenansprüchen ehemaliger KI-Mitarbeiter von zentraler Bedeutung.

5. Koordinierung und Zusammenarbeit

Landtag, Staatsregierung, Landesbehörden und Kommunen

Die Zusammenarbeit mit Abgeordneten und Fraktionen des Sächsischen Landtages sowie die Kontakte mit der Staatskanzlei und verschiedenen Ministerien bezogen sich auf die öffentliche Erinnerung an die Deutsche Einheit und an die Konstituierung des Freistaates Sachsen, weiterhin auf die Situation der in der SBZ/DDR politisch Verfolgten, auf Gedenkstättenfragen sowie auf die Förderungsmöglichkeiten für Opferverbände.

Der Landesbeauftragte hat für verschiedene Ministerien, insbesondere für das Justizministerium, verschiedene Zuarbeiten geleistet. Mit dem Kultusministerium gab es im Rahmen der Projekttagplanungen und der Lehrerfortbildungen zum Thema Mauerbau auf Arbeitsebene einen regen Austausch. Mit dem Justizministerium stand der Landesbeauftragte vor allem aus zwei Gründen in regem inhaltlichem Austausch. Zum einen ging es darum, für die zusätzlichen Finanzmittel, die ab 2011 für die Opferverbände bereitgestellt werden, eine Vergaberichtlinie und auch Vergabemodalitäten festzulegen. In die Ausarbeitung dieser Richtlinie war der Landesbeauftragte intensiv eingebunden. Zum anderen ging es darum, die bereits von den Opferverbänden vor der Wahl des Landesbeauftragten am 23. März 2011 angemahnte Neuprofilierung und institutionelle Anbindung der Behörde im Rahmen einer Gesetzesnovellierung auf den Weg zu bringen. Auch hier führte der Landesbeauftragte Gespräche mit Vertretern der Staatsregierung und mit Landtagsabgeordneten. Die Ergebnisse dieses Bemühens werden sich im nächsten Rechenschaftsbericht wiederfinden.

Seit 2004 arbeitet der Landesbeauftragte im Rahmen einer institutionellen Mitgliedschaft in der Leipziger Initiative „Tag der Friedlichen Revolution – Leipzig 9. Oktober 1989“ mit. Hier konnte der Landesbeauftragte sich neben einer finanziellen Förderung des Lichtfestes auch inhaltlich mit dem Ausstellungsbus in die Feierlichkeiten einbringen.

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU)

Zum Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und seiner Behörde bestanden weiterhin vielfältige Kontakte. Im zurückliegenden Berichtszeitraum brachte sich der Landesbeauftragte inhaltlich aktiv bei der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ein. Zu diesen Fragen wurden intensive Gespräche geführt. Auf Arbeitsebene bestanden Kontakte zur Abteilung Bildung und Forschung.

Mit den Leitern der sächsischen BStU-Außenstellen in Chemnitz, Dresden und Leipzig und den sächsischen Mitgliedern des BStU-Beirates sind auch im zurückliegenden Berichtszeitraum Beratungen durchgeführt worden. Zudem fanden Kooperationsveranstaltungen statt. Ein Teil der überregionalen Beratungsinitiative fand in Kooperation mit den Außenstellen des BStU statt.

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LStU, LAKD)

Zu den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in den Ländern Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen und zur Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg bestehen weiterhin sehr gute Arbeitsbeziehungen. Um inhaltliche und organisatorische Fragen der Zusammenarbeit abzustimmen, treffen sich die Landesbeauftragten zu monatlich stattfindenden Konferenzen. Hervorgehoben werden muss auch die gute Zusammenarbeit der Fachreferenten der einzelnen Behörden in den Bereichen Bildung und Beratung. Die Landesbeauftragten beteiligten sich gemeinsam an Großveranstaltungen, wie dem Tag der Deutschen Einheit in Bremen oder dem Evangelischen Kirchentag in Leipzig. Neben dem jährlich stattfindenden Bundeskongress, richteten die Landesbeauftragten eine Tagung zum Thema „Heimerziehung in der DDR“ aus, die auf breite Resonanz stieß.

Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen

Unsere regelmäßigen Arbeitstreffen mit den sächsischen Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen dienen dem Ziel des gegenseitigen Austauschs und einer Koordinierung gemeinsamer Aufgaben. Aufgrund des Ausscheidens von Michael Beleites aus dem Amt gab es im Austausch mit den Verbänden eine längere Pause. Doch auch während der Interimszeit, in der die Leitung der Behörde Frau Dr. Aris oblag, kamen die Verbände zu einem Treffen zusammen, um über die Perspektiven der Zusammenarbeit und über die zukünftige Profilierung der Behörde zu sprechen. An diesem Treffen, das am 9. März 2011 stattfand, nahm auch der Justizminister, Dr. Jürgen Martens, teil. Nur drei Wochen nach dem Amtsantritt des neuen Landesbeauftragten kamen die Vertreter der Verfolgtenverbände am 24. Mai 2011 im Justizministerium und in unserer Behörde zusammen, um über die finanzielle Förderung der Verbandsarbeit zu sprechen. Hierzu gab es dann im Nachgang eine Vielzahl von Einzelgesprächen, bei denen auch konkrete Fördermöglichkeiten besprochen wurden. Ein weiteres Treffen fand dann nach der Sommerpause, im September, statt.

Neben diesen Treffen im breiteren Rahmen hat der Landesbeauftragte zahlreiche Gespräche mit einzelnen Vertretern der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen geführt, in denen es um eine konkrete, projektbezogene Zusammenarbeit mit den Verbänden ging.

Wie in den Vorjahren hat der Landesbeauftragte auch 2010 an der Kranzniederlegung und Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag des Bautzen-Komitees in der Gedenkkapelle am Gräberfeld des früheren Bautzner Speziallagers teilgenommen. Darüber hinaus hat er an zahlreichen anderen Gedenkveranstaltungen und Ehrungen und an den jährlich stattfindenden Treffen der Betroffenen (Treffen der ehemaligen Hoheneckerinnen, Bautzen-Forum) teilgenommen. Aufgrund des hohen Alters der Verfolgten mehren sich bedauerlicherweise auch die Todesfälle. Der Landesbeauftragte würdigte die Verstorbenen in Nachrufen für ihre Verdienste und nahm selbst an Beisetzungen teil.

Bundeskongress

Vom 27. bis 29. Mai 2011 fand in Dessau-Rosslau unter dem Motto „Der lange Schatten der Mauer“ der 15. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur

Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen statt.

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur besteht seit Jahren eine intensive Zusammenarbeit. Dazu zählen die monatlich stattfindenden Treffen der Konferenz der Landesbeauftragten, an denen der stellvertretende Geschäftsführer der Stiftung teilnimmt, Kooperationsveranstaltungen mit der Stiftung und der Austausch über die von der Stiftung geförderten sächsischen Projekte.

Ein neuer Aspekt der Zusammenarbeit ergibt sich aus einem seit Februar 2011 begonnen Projekt. Gemeinsam mit der Stiftung überarbeiten und erweitern wir die Ausstellung „Diktatur und Widerspruch – DDR-Geschichte im Fokus“. Bei der Überarbeitung und Erweiterung der Ausstellung, die bisher vor allem einen regionalgeschichtlich-sächsischen Ansatz verfolgte, wird zum einen der sächsische Bezug durch eine überregionale, DDR-weite Perspektive ersetzt. In diesem Zusammenhang werden die Recherchen nach Fotos und Dokumenten, aber auch die Zeitzeugeninterviews deutlich ausgeweitet. Zum anderen wird in der erweiterten Ausstellung die europäische Perspektive deutlich stärker akzentuiert. Das Projekt umfasst aber nicht nur die Überarbeitung und Erweiterung der bestehenden Ausstellung, sondern auch die Einwerbung von Partnern, die für die Duplizierung und überregionale Verbreitung der Ausstellung gewonnen werden sollen. Denn geplant ist, die Ausstellung verschiedenen Bildungsträgern und Kultusverwaltungen zum Mitdruck anzubieten. Dadurch erhoffen wir uns eine starke Verbreitung des Bildungsangebotes, auch über die neuen Bundesländer hinweg. Die Ausstellung soll 2012 verfügbar sein. Insbesondere der 60. Jahrestag des 17. Juni 1953 und das 25-Jährige Jubiläum der Friedlichen Revolution im darauffolgenden Jahr werden genutzt, um eine überregionale Streuung der Ausstellung zu erreichen. Für die überarbeitete Ausstellung, die unter dem Titel „Die SED-Diktatur. Eine Geschichte von Widerstand und Repression“ (Arbeitstitel) laufen wird, konnte der Bundespräsident als Schirmherr gewonnen werden. Die Erstpräsentation wird wahrscheinlich in der Frankfurter Paulskirche stattfinden.

Gedenkstätten

Die Zusammenarbeit und Kooperation mit Gedenkstätten und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat wie bisher einen hohen Stellenwert in der Arbeit des Landesbeauftragten. Mit der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau konnte eine Reihe von Zeitzeugengesprächen realisiert werden. Insbesondere durch die Mitgliedschaft im Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an politische Gewaltherrschaft war der Landesbeauftragte in die Arbeit der Stiftung eingebunden. An der Lösung des sächsischen Gedenkstättenkonflikts hat sich der Landesbeauftragte aktiv beteiligt. Frau Dr. Aris war Mitglied und stellvertretende Sprecherin der Unterarbeitsgruppe „Gremien“, die im Januar und Februar 2011 zu Fragen der Novellierung des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer Politischer Gewaltherrschaft zusammenkam und Textvorlagen für die Konsultationsklausur am 12. April 2011 erarbeiteten. Auch an der Klausurtagung beteiligte sich der Landesbeauftragte aktiv. Lutz Rathenow regte im Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten die freiwillige Überprüfung noch nicht überprüfter Stiftungsgremien in regelmäßigen Abständen als vertrauensbildende Maßnahme an.

6. Mitgliedschaften

Der Landesbeauftragte ist Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge. Seine Mitgliedschaft im deutschsprachigen Exil-PEN's ließ Lutz Rathenow mit der Amtseinführung zum Landesbeauftragten ruhen.

III. Anhang

Grußwort zur Ausstellungseröffnung „Der Fall Gross. Im Kofferraum von Ost- nach Westberlin.“ im Rahmen des Bautzen-Forums, Gedenkstätte Bautzen am 5. Mai 2011

„Meine Damen und Herren, liebe Veranstalter, liebe Haftkameraden, Erinnerungen sind eine tückische Sache. Die einen haben zu viel, andere zu wenig. Und viele erinnern sich anders, als es die Realitäten manchmal eigentlich erfordern. Normalität ist ein Schlüsselwort, mit dem Erinnerungen oft glatt gebügelt, verdrängt, ja verdammt werden. Und dann gibt es Dinge, die helfen, Erinnerungen wach zu halten, zu reaktivieren. Die helfen, konkret zu werden und Anderen Erinnerung zu vermitteln. Dazu braucht es eine Wahrnehmungskompetenz, eine Erinnerungslust, und im glücklichsten Fall erwächst daraus eine Beurteilungskompetenz. Vor ein paar Tagen hat ein Freund von mir, einer der wenigen Deutschen, der jetzt das Privileg hat, dass eine Behörde nach seinem Namen benannt wird, hat also Roland Jahn gesagt, es brauche ein Denkmal für die Opfer der DDR-Repression, für die Opfer der kommunistischen Verfolgung in der DDR. Dieses Denkmal solle am Besten in der Nähe des Reichstags stehen. Roland Jahn hat in den letzten Tagen schon mehrere sehr interessante und aus meiner Sicht gute und oft notwendige Vorschläge gemacht. Aber hier bin ich etwas anderer Meinung. Sicher würde so ein Denkmal bei den Bundestagsabgeordneten nichts schaden, es wäre sogar vielleicht nützlich. Jahn sagt, es müsse nicht groß sein, es solle aber an einem zentralen Ort in der Hauptstadt zur Auseinandersetzung mit der Diktatur provozieren. Ja, aber warum in der Hauptstadt? Da, wo ohnehin schon viele nützliche und manchmal sogar gelungene Denkmäler und andere Erinnerungsanreger stehen. Ansonsten gibt es so ein Denkmal dieser Intention in Jena. Ich kenne wichtige Erinnerungsgedenkorte in Leipzig und anderen Stätten. Denn eigentlich sind die Orte des Gedenkens die Gedenkstätten. Und in allererster Linie sollte man in einfallsreicher Weise Initiativen entwickeln, die noch mehr Menschen an und in diese zentralen und manchmal abseits liegenden Gedenkstätten hinein führen und verführen. Dass noch mehr Menschen zum Beispiel nach Bautzen kommen. Oder nach Hoheneck, wo es dringend einer Gedenkstätte bedarf.

Sachsen ist hier eben nicht nur ein Bundesland neben anderen. Die Bedeutung für die deutsche Einheit, für die Entwicklung dahin, konzentriert sich in diesem Bundesland. In dem Sinne erinnert natürlich dieser Ort hier erst einmal sehr an die Authentizität dieses konkreten Ortes. Auch wenn Authentizität mitunter eine künstlich erzeugte sein muss. Denn Geschichte ist nie eins zu eins zu rekonstruieren. Die wirklichen Erlebnisse und Gefühle, die wir in bestimmten Situationen hatten, sind so, wie wir sie erlebten, für andere nie deckungsgleich nachvollziehbar. Wir können uns dem nur annähern. Wir können sie durch Vergleiche, durch Verdichtung, durch eine kluge Art der Verkürzung von Geschichte lebendig werden lassen, so dass der andere sich dann die Dinge vorstellen kann, als ob er sie selbst erlebt hätte. Selbst erlebt haben wird er sie nie. Orte wie die Gedenkstätte Bautzen sind durch nichts zu ersetzen. Ich finde in Berlin fehlt noch eine Erinnerungsbox, die an die Aktivitäten in Plauen, Leipzig, Dresden und vielen anderen Orten am Ende der DDR erinnert. So dass Leute Lust bekommen, diese Orte zu besuchen und auch die Gedenkstätten dort aufzusuchen. So ähnlich stelle ich mir auch ein Denkmal vor dem Reichstag vor, das also vielleicht kein traditionelles Denkmal sein muss, sondern ein Ort, von dem aus Busse an die verschiedenen Erinnerungsstätten der DDR und darüber hinaus, warum auch nicht nach Osteuropa, fahren. Insofern erinnert dieser Abend an diese eine Tatsache, und er erinnert in dieser Ausstellung natürlich an das Bauobjekt der DDR, in dem sich ihre politische Identität äußerlich ausdrückte die Mauer. Übrigens ein verharmlosender Begriff. Wir merken es vielleicht gar nicht einmal so sehr. Man muss mit Leuten von sehr weit reden, die aus anderen Erfahrungszusammenhängen kommen, die bei dem Wort „Mauer“ nicht an das denken, was dieses Bauwerk, was das Prinzip Abgrenzung und was eine menschenverachtende Komponente des bedarfsgerechten Töten

von Leuten, die diese Mauer überwinden wollten, bedeutet. Uneingeweihte Menschen können in dem Wort „Mauer“ diese Grenzbefestigungsanlage mit den Minen und den Selbstschussanlagen gar nicht wiederfinden. Das hat schon mit einer realpolitischen Gleichgültigkeit ihr gegenüber zu tun, die wir in der Politik auch feststellen konnten. Und doch wurde diese Nichtnurmauer von Anfang an auch in Frage gestellt. Die Menschen, die sie am meisten in Frage stellten, waren die, die versuchten, die DDR zu verlassen. „Die einzige würdige Art, die DDR zu verlassen, war immer die Flucht“, schrieb einmal ein Autor, der nie geflohen ist. Gleichzeitig verweist diese Ausstellung und die Lebensgeschichte dahinter auf eine große Normalität von Menschen, die gar nicht politisch sein mussten, um sich aus verschiedensten Gründen in Zusammenhänge zu begeben, die sie dann zur Planung einer solchen Flucht brachten.

Wenn es gelang, hat jemand sein im Grunde vorher unpolitisches Leben unter neuen, westlichen Vorzeichen fortgesetzt. Er hat auch Dinge zurück gelassen, die ihn geschmerzt haben. Vielen ist diese Entscheidung sicher nicht leicht gefallen. Und manchen, die diese Entscheidung nie gefällt haben, so wie ich zum Beispiel, sind sicher zu leichtfertig mit den Menschen umgegangen, die den Westen erreichen wollten und nicht wie in der späten DDR häufiger die Methode des Ausreiseantrags wählten. Natürlich ist die permanente Störung der DDR-Politik an dieser zentralen Frage der Mauer als Ort der Abgrenzung ein Infragestellen des Selbstverständnisses des Staates. Ob man es wollte oder nicht wollte. Ob man es aus privaten, aus Konsummotiven oder aus elementarer Not der politischen Verfolgung und anderer Drucksituationen wollte. Ich betrachte es auch als eine meiner Aufgaben, die Sensibilität gegenüber den verschiedenen Drucksituationen in der DDR, und nicht nur dort, zu erhöhen. Ich hörte erst vor kurzem von einer älteren Dame, die von ihrem Freund in einem Altersheim sprach, der sich dort schikaniert fühlte. Ich verstand das gar nicht gleich. Es spielte sich in einem Heim in Ostberlin ab, in dem auch mehrere ehemalige politische Funktionäre und sogar Strafvollzugsbeamte aus DDR-Zeiten wohnten. Der Freund war ehemaliger politischer Häftling. Da sich die unterschiedlichen politischen Orientierungen in den Gesprächen dort abzeichneten, haben diese ehemaligen staatsnäheren alten Menschen – laut der Dame – den ehemaligen Gefangenen durch das Absingen von DDR-Politliedern permanent zu nerven versucht. Ich will das Wort „quälen“ jetzt nicht anwenden. Das könnte sehr lustig sein, wenn es lustig wäre. Und selbst, wenn die Episode so nicht ganz stimmen würde und wenn sie noch andere Hintergründe hätte, zeigt sie auf jeden Fall eines: Die Möglichkeiten, wie Echos aus der Vergangenheit in der Gegenwart tückische Nebenwirkungen entfalten können. Wenn man die Vergangenheit nicht möglichst exakt erfasst und durch Benennung bündigt, dann verselbständigen sich diese Geschichten und führen zu neuen Ungerechtigkeiten. Dann vervielfältigt sich die DDR durch ihren Tod in einer merkwürdigen Weise - und es bleibt vor allem die Neurosensammlung aus dieser Zeit übrig.

An diesem Ort wird der Umgang mit Geschichte ständig neu geübt und er hat zwei Ebenen: die eine Ebene ist die, dass die Authentizität bestimmter Darstellungsformen der Wirklichkeit damals einfach gewahrt bleiben muss. Es muss schon so sein, wie es früher war. Das Problem ist natürlich: wann war etwas wie? Die Bedingungen der Haft, die ich 1980 in Hohenschönhausen kennen lernte, waren luxuriös im Vergleich zu dem, was viele von Ihnen erlebt haben. Man muss das Nebeneinander, die Veränderungen, die Steigerungen, die Vertuschungen mit darstellen. Das geht nicht ohne Verfremdung. Und es ist eine ständige Arbeit zwischen den Zeitzeugen – die für mich unerlässlich sind – und den abstrahierenden und hoffentlich auch provozierenden Gedenkstättenmitarbeitern. Ich werde daran arbeiten, dass Erinnerungen aufgezeichnet werden, dass sie vielleicht auch einmal in digitalisierten Form für Presse und Rundfunk nutzbar sind. Auf dieser Ebene des Authentischen darf dann natürlich auch gespielt werden. Es darf erweitert und assoziiert werden. Es sollen Theaterleute hier ein Stück aufführen dürfen. Es kann Videoinstallationen geben. Wenn man es sehr

verantwortungsvoll macht, wird es vielleicht auch einmal einen Comic, ein Manga oder eine Graphic Novel über Bautzen geben. Warum nicht? Etwas, das es jüngeren Generationen erleichtert, die Erlebnisfähigkeit zu gewinnen. Denn im Moment verändert sich etwas in unserem Erlebnishintergrund. Da meine ich weniger meine Generation, sondern die meiner Söhne, die in einer optischen, virtuellen Welt aufwachsen. Diese Welt wird sich alle Geschichte von vorher noch einmal neu übersetzen.

Ich glaube, es braucht beide Ebenen: die unbedingte Authentizität und das erweiternde Spiel damit. Was Sie zur Erinnerungskultur beitragen, auch was ich gestern in der Kapelle gesehen habe, das halte ich für sehr wichtig. Sicher werden einmal solche Zeugnisse der Auseinandersetzung, der versuchten eigenen Bewältigung des Erlebten selbst schon zum Zeitzeugnis werden. Selbst wenn dann ein Modell eines mehr als ziemlich überbelegten Schlafsaales nicht aus der ursprünglichen Zeit stammt, sondern viel später rekonstruiert wird – so gehört dieses Dokument in die Ausstellung. Darüber wird es immer wieder Gespräche geben müssen, die authentische Sicht muss unbedingt eingebracht werden, solange sie einbringbar ist.

Die zweite Mauer, an deren allmählichen Abtragen ich mitwirken möchte, ist die aus den Akten der Staatssicherheit, diese 130 Kilometer Akten. Jeder darf übrigens seiner Akte einen Kommentar hinzufügen, es könnten also noch mehr Seiten werden – zu denen sowieso die neu zusammengesetzten aus den vorvernichteten Säcken kommen. Ich schließe mit einer Episode aus der linken Wochenzeitung „Freitag“, in der ich etwas über die Probleme und Ängste der Staatssicherheit vor der letzten Volkszählung in der DDR gelesen habe. Die Staatssicherheit hatte nämlich Angst, dass ihre konspirativen Wohnungen auffliegen, und musste lauter Verdeckungsaktivitäten entwickeln, die auch wieder die ganze ökonomische Ineffizienz des Systems entblößten.

Ich freue mich, dass die Akteure dieser Flucht nicht ihren Humor verloren haben. Und erinnere, dass solche Fluchten aus der DDR kleine, konkret realisierte Utopien von der Überwindungsmöglichkeit eines Systems durch die Lebenswirklichkeit darstellten.“

Benjamin Griebe: Verdrängter Klassenkampf auf dem Land?

In: Tabula Rasa, Zeitung für Gesellschaft und Kultur, Ausgabe: No 67(9/2011)

Die Fernsehsendung „Bauer sucht Frau“ ist sicherlich manchem bekannt. Darin präsentiert sich auch der ein oder andere ostdeutsche Bauer immer wieder gern – zur (Schaden-)Freude eines Millionenpublikums. Weit weniger vertraut dürfte aber vielen sein, dass der Bauernstand in Ostdeutschland noch immer von den Auswirkungen der sozialistischen Agrarpolitik geprägt ist. Denn die ostdeutsche Landwirtschaft in den Jahren des SED-Regimes ist auch über 20 Jahre nach dem Fall der Mauer ein in der Breite vernachlässigtes Thema im, zugegebenermaßen, weiten Feld der DDR-Aufarbeitung.

Einen übersichtlichen aber doch facettenreichen Einstieg in das Thema eröffnet der Sammelband *Klassenkampf gegen die Bauern – Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute*, der von Michael Beleites, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Robert Grünbaum herausgegeben wurde.

Darin zeichnen Zeitzeugen, Journalisten und Wissenschaftler ein differenziertes Bild der sozialistischen Agrarpolitik deutscher Prägung mit samt ihren Auswirkungen bis in die Gegenwart. Im Zentrum der Analysen steht die von der SED gesteuerte und mit allen Mitteln erzwungene Kollektivierung des landwirtschaftlichen Raumes der Jahre 1959/60. Eröffnet wird der Sammelband nach dem Vorwort der Herausgeber mit einem Beitrag des Zeitzeugen und Altbauers Manfred Probst. In wenigen Worten lenkt er die Aufmerksamkeit des Lesers auf die Folgen der Kollektivierung – sowohl auf persönlicher wie auch auf politischer Ebene. In Ansätzen lässt sich bereits schon hier die Tragweite politisch gewollten Vergenossenschaftlichung des ländlichen Raumes erkennen. Eine wissenschaftliche Einführung im klassischen Sinn unternimmt im Anschluss Jens Schöne. Ausgehend von der Bodenreform unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges skizziert er die Landwirtschaftspolitik in der sich 1949 gründenden DDR bis zur Kollektivierung 1960. Schnell wird klar: Die Umgestaltung der ostdeutschen Landwirtschaft erfolgte nicht nach ökonomischen, sondern streng nach politisch-ideologischen Vorgaben. „Mit ihr sollten auch die Sozialstruktur auf dem Lande, die gewachsenen Beziehungen in den Dörfern und nicht zuletzt die Machtverhältnisse umfassend und dauerhaft verändert werden“, schreibt der Historiker gleich zu Beginn (S. 19f).

Auf der Grundlage erhalten gebliebener Volkspolizei-Rapporte analysiert der Historiker Udo Grashoff im folgenden Beitrag die Selbsttötungsrate unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf dem Höhepunkt der Zwangskollektivierung 1960. Anhand einzelner Schicksale gelingt es ihm, einen zeitlichen Zusammenhang zwischen der erzwungenen Vergenossenschaftlichung einerseits und Selbstmorden unter Bauern andererseits herzustellen und nachzuweisen, auch wenn die tatsächlichen Motive der Suizidhandlungen nicht immer zweifelsfrei bestimmt werden können. Auf einer breiteren Quellengrundlage untersucht daran anschließend Falco Werkentin die Methoden des Klassenkampfes auf dem Land. Ausgehend von der Bodenreform beleuchtet er die Struktur der Landwirtschaftsbetriebe in der DDR und konzentriert sich vor allem auf die Mittel- und Großbauernbetriebe, also diejenigen, die zwischen zehn und 100 Hektar Land bewirtschafteten. Werkentin beschreibt wie insbesondere die Großagrarier unter dem Druck der SED in den Jahren von 1952 bis 1960 litten und wie die Justiz als „Hebel der gesellschaftlichen Umwälzung“ (vgl. S. 49) fungierte. Dabei geht er auch auf Möglichkeiten des Widerstandes bäuerlicher Familienbetriebe ein, zeigt aber gleichzeitig mit welchen Schwierigkeiten Formen des Protestes in Anbetracht der Notwendigkeit der täglichen Versorgung von Stall und Feld behaftet waren.

Über die Formen und Ausmaße des Widerstandes gegen die Kollektivierung gibt auch Daniela Munkel eine Einschätzung ab. Sie richtet den Fokus auf die geheime Berichterstattung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an die SED-Führung und stellt

widerständiges Verhalten in allen Bezirken der DDR fest. „Alles, was nur irgendwie dazu angetan schien, die Pläne der Vollkollektivierung zu stören, wurde der SED-Führung zur Kenntnis gebracht“, beschreibt Münkler (S. 74), die die relative Unverblümtheit der MfS-Dokumente hervorhebt, wodurch es ihr auch gelingt zu zeigen, wie die Stasi im untersuchten Zeitraum ihren Einflussbereich und ihr Informationsnetz im ländlichen Raum massiv ausbaute.

All diese Beiträge zeigen in unterschiedlicher Art, dass die Vollkollektivierung keineswegs freiwillig geschah – wie von der SED propagiert –, sondern nur durch massive Repression, Erpressung und Gewalt zustande kam. Der „sozialistische Frühling“, wie die Kollektivierung im offiziellen Parteiduktus umschrieben wurde, war menschlich und moralisch tiefster Winter. Dass die dadurch geschaffenen Großstrukturen bis in die Gegenwart fortwirken, zeigen die folgenden Abhandlungen. Jörg Gerke, der selbst Bauer in Mecklenburg-Vorpommern ist, untersucht die Auswirkungen der DDR-Agrarstrukturen auf ländliche Regionen in Ostdeutschland nach 1990. Er kritisiert die personelle Kontinuität in Landwirtschaftsbetrieben über die Wende hinaus. Demnach hätten ehemalige SED-Agrarkader die früheren LPG-Betriebe übernommen, während ein Großteil der einfachen LPG-Mitglieder um ihre Ansprüche gebracht wurde (vgl. S. 95). So konnten sich nach Gerkes Ausführungen einige Wenige riesige Flächen sichern, die noch dazu durch die EU mit Millionensummen subventioniert werden. Auch im nächsten Beitrag möchte Uwe Bastian deutlich machen, dass die früheren Großstrukturen der industrialisierten Landwirtschaftsbetriebe weitestgehend erhalten geblieben sind und eine Anpassung der DDR-Landwirtschaft an die des Westens ausblieb. Bis zu 90 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Ostdeutschland, so Bastian, sei im Besitz ehemaliger SED-Funktionäre.

Hans Dieter Knapp thematisiert daran anschließend die Industrialisierung des ländlichen Raumes der DDR, die er als unmittelbare Folge der Kollektivierung beschreibt. Beides, Kollektivierung und agroindustrielle Produktion, seien Teil eines ideologisch begründeten Gesamtsystems zur Schaffung einer Klasse der „werk tätigen Bauern“ gewesen, mit weitreichenden Folgen auf die Natur und Landschaft im Osten Deutschlands, auf die Knapp ausführlich eingeht. Helmut Klüter beschließt den wissenschaftlichen Teil des Sammelbandes mit einer statistisch-orientierten Studie, die unterschiedlichste Aspekte landwirtschaftlicher Produktion der jüngsten Vergangenheit in ost- und westdeutschen Bundesländern in den Blick nimmt. Seine ernüchternde Bilanz: „Eine Umstrukturierung der aus der DDR-Zeit übernommenen großbetrieblichen Landwirtschaft hat bisher kaum stattgefunden. [...] Große Teile der Landwirtschaft [...] sind regionalwirtschaftlich unproduktiv.“ (S. 154) Eine Position, die auch Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf im abschließenden Nachwort vertritt. Insgesamt vermittelt das Buch damit einen facettenreichen Überblick zur Landwirtschaft in der DDR. Die historischen Entwicklungen zwischen dem Bau der Mauer 1961 und der Friedlichen Revolution 1989 geraten zwar etwas aus dem Blick. Stattdessen beleuchtet der Sammelband verstärkt unterschiedliche Perspektiven der Kollektivierung und bietet darüber hinaus auch Ansätze, das Thema stärker in der politischen Bildung zu verankern: Zum Beispiel anhand von Einzelschicksalen (Grashoff), MfS-Akten (Münkler) oder den Dokumenten, die im Text von Werkentin abgedruckt sind. Schade ist jedoch, dass das Buch für Leser, die sich im Anschluss an die Lektüre noch ausführlicher mit dem Thema befassen wollen, keine beigelegte Auswahlbibliografie bereit hält. Deutlich wird aber, dass die sozialistische Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion in der DDR auch nach über 20 Jahren Deutscher Einheit Fragen an die heutige Gesellschaft stellt. Die Herausgeber fordern darüber eine breite öffentliche Debatte.

Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute, herausgegeben von Beleites, Michael; Graefe zu Baringdorf, Friedrich Wilhelm; Grünbaum, Robert, erschienen im Metropol Verlag, Berlin 2010.